

Kleine Anfrage 177

des Abgeordneten Christoph Schulze

fraktionslos

an die Landesregierung

Zuständigkeit für Klagen im Bereich Schallschutz rund um den BER

Zehntausende von Bürgerinnen und Bürgern haben im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses bzw. aus dem Planfeststellungsbeschluss heraus einen Anspruch auf Realisierung von Schallschutzmaßnahmen im Umfeld des Flughafen BER. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten dazu durch die privat gesellschaftsrechtlich organisierte Flughafen GmbH FBB (mit den Gesellschaftern Berlin, Brandenburg und Bund) sogenannte „Anspruchsermittlungen“ für Schallschutz oder eine Entschädigung. In diesem Zusammenhang stellt sich dann die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger ihren Widerspruch und eine möglicherweise anderslautende Rechtsauffassung geltend machen können? Nach dem Grundgesetz gibt es eine Rechtswegeggarantie und jeder Bürger hat das Recht, sich vor einem ordentlichen deutschen Gericht gegen eine Rechtsverkürzung zu wehren. Nun ist im § 48 Abs. 1 Ziffer 6 der Verwaltungsgerichtsordnung geklärt, dass die Zuständigkeit im erstinstanzlichen Bereich für Klagen aus allen Fragen, die ein Luftverkehrsprojekt bzw. ein Flughafenprojekt betreffen, das jeweilige Oberverwaltungsgericht ist. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, und das hat in der Vergangenheit bisher auch so stattgefunden, dass das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für alle Klagen von Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Rechtsschutz gegen das Handeln der Flughafengesellschaft beim OVG geltend machen können oder müssen. Dementsprechend ist in der Vergangenheit auch verfahren worden, und alle diesbezüglichen Verfahren wurden beim Oberverwaltungsgericht geführt. Erstmals am 08.12.2014 ließ der erkennende Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg erste Zweifel an der Zuständigkeit für **alle** Klagen, die vom Flughafen Berlin-Schönefeld BER ausgehen, zuständig sei.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Ist das OVG Berlin-Brandenburg zuständig für alle Klagen von Bürgern in allen den Flughafen betreffenden Fragen, so auch bei Klagen gegen

fehlerhafte Anspruchsermittlungen (ASE) für Schallschutz oder muss sich der Bürger an andere Gerichte wenden? Wenn ja, welche?

2. Worauf stützt die Landesregierung die Rechtsauffassung der Fragen der Zuständigkeit?